



# Der 8. Mai Gedenktag für die Befreiung

**Koalitionsfraktionen legen dem Thüringer Landtag einen Gesetzentwurf vor**

**Einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Gedenktages für die Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai legen jetzt die Koalitionsfraktionen dem Landtag vor. Bislang fehlt eine angemessene Würdigung der Befreiung vom Nationalsozialismus und des damit verbundenen Endes des zweiten Weltkriegs. Daher soll der 8. Mai künftig als regulärer Gedenktag begangen und zu diesem Zweck in das Thüringer Feiertagsgesetz aufgenommen werden. In der Begründung des Gesetzentwurfes heißt es:**

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das faschistische Deutschland endgültig und bedingungslos. Damit endete das furchtbarste Schlachten auf europäischem Boden. Ausgelöst hatte diesen 2. Weltkrieg Deutschland mit dem Überfall auf seine Nachbarn, gefolgt von barbarischem Terror gegen die Zivilbevölkerung praktisch aller besetzten Länder. Für unsere europäischen Nachbarn war und ist der 8. Mai daher ein Tag der Freude und des Feierns, aber auch der Besinnung und des Gedenkens an die Millionen Opfer deutscher Weltherrschaftspläne. Für viele Deutsche hingegen war der 8. Mai der Tag der Niederlage, der Katastrophe und der Beginn der Besatzung durch die Truppen der Siegermächte. Aber es gab auch die hunderttausenden in Konzentrationslagern eingepferchten und gequälten Systemgegner, Homosexuellen, Jüdinnen und Juden, Sinti

und Roma, Menschen mit Behinderung und die in Anstalten als unwert Selektierten und Verstümmelten.

Für sie bedeutete der 8. Mai 1945 das Ende ihrer unmenschlichen Leiden, der Bedrohung mit dem Tode, des industriellen Massenmordes, der Vernichtung durch Arbeit. Diesen Menschen vor allem, ihren ermordeten Leidensgenossen, aber auch den Kriegstoten widmete der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker seine historische Gedenkrede anlässlich des 40. Jahrestages des Endes des 2. Weltkrieges am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag als er von einem „Tag der Befreiung“ auch für die Deutschen sprach.

Wörtlich sagte er: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Wir haben wirklich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim

der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg. Der 8. Mai ist ein Tag der Erinnerung. Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, das es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit. Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.“

Angesichts der auch vom ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker herausgestellten hohen Bedeutung des 8. Mai für die Auseinandersetzung mit der deutschen Verantwortung für Krieg, Völkermord, Versklavung und Massenvernichtung einerseits sowie der daraus erwachsenen Verantwortung für eine friedliche Entwicklung in Europa verbunden mit der Garantie für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde andererseits, erscheint es geboten, diesem besonderen Tag auch eine besondere Bedeutung in der Erinnerungskultur des Landes Thüringen einzuräumen und ihn als Gedenktag gesetzlich zu verankern.

Ein solcher Schritt unterstreicht den Willen der staatlichen Institutionen, sich der Lehren aus der deutschen Geschichte anzunehmen, diese an künftige Generationen weiterzugeben und konsequent für Grundrechte, Frieden und Demokratie einzustehen. Der Gedenktag wäre ein klares Signal gegen jedwede Relativierung der NS-Herrschaft oder der Kriegsschuld, ein Bekenntnis, neonazistischen und rassistischen Bestrebungen kompromisslos entgegenzutreten. ■

## KOMMENTIERT:

von Katharina König

### Antisemitismus

*70 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sind antisemitische Denkmuster und Anfeindungen gegen Menschen jüdischen Glaubens nach wie vor auch in Thüringen ein Problem.*

*Die Linksfraktion erkundigt sich quartalsweise mit Kleinen Anfragen bei der Landesregierung über antisemitische Übergriffe; Ende März ging die Antwort für das vergangene Jahr ein. 2014 registrierte die Thüringer Polizei 87 Straftaten, die zunächst als antisemitisch eingestuft wurden. Verglichen mit dem Jahr 2013 (44) ist das fast eine Verdopplung. Bei den Straftaten handelt es sich um Volksverhetzungen, Sachbeschädigungen oder Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, aber auch um Bedrohungen und Beleidigungen. Anders als in den Statistiken 2012 und 2013 wurden 2014 auch versuchte und durchgeführte Übergriffe auf Menschen in Thüringen registriert, weil diese jüdischen Glaubens sind oder für Juden gehalten wurden. Nach Angaben der Landesregierung waren zehn Menschen betroffen, davon wurden vier Personen in Gotha und Saalfeld verletzt. Über Verurteilungen bei Gerichtsverfahren liegen keine umfangreichen Statistiken vor, allerdings werden 37 Verfahren bei den Staatsanwaltschaften Erfurt, Gera, Meiningen und Mühlhausen benannt.*

*Wenn laut Thüringen-Monitor auch heute noch neun Prozent der Thüringerinnen und Thüringer die Meinung vertreten, dass Juden 'nicht so recht zu uns passen' und 32 Prozent der Aussage zustimmen, dass Juden gegenwärtig Vorteile daraus ziehen würden, dass sie in der Nazi-Zeit Opfer waren, und sich in Thüringen alle vier Tage eine Straftat ereignet, die von der Polizei als antisemitisch klassifiziert wird, dann ist das mehr als besorgniserregend. Antisemitismus stellt auch 70 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus ein Problem in unserer Gesellschaft dar und ist breiter zu begreifen als nur im Zusammenhang mit der Shoah. Antisemitische Stereotype und Vorurteile bestehen in den unterschiedlichsten Formen und politischen Spektren. Unser Anspruch muss es sein, diese Stereotype zurückzuweisen, einzuschreiten und für eine Gesellschaft einzustehen, die sich klar gegen Antisemitismus positioniert. ■*

## AKTUELL

### Rot-Rot-Grün steht für solide Finanzen

Der Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags hatte am 16. April zu einer öffentlichen Anhörung zum von den Koalitionsfraktionen eingebrachten „Erstne Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetzes“ eingeladen. Aufgrund des zu erwartenden großen Interesses war die Sitzung in den Plenarsaal verlegt worden. Zuvor hatten die kommunalen Spitzenverbände informiert, dass etwa 100 Bürgermeister und Ortsvorsteher zur Anhörung erwartet würden. Vom Landkreistag waren bis zu 30 Teilnehmer vor Ort. Vertreter der kommunalen Spitzenverbände bekamen die Gelegenheit, ihre Anliegen hinsichtlich der auskömmlichen finanziellen Ausstattung von Kommunen vorzutragen.

„Die Anhörung hat deutlich gemacht, welchen Berg von kommunalen Problemen 25 Jahre CDU-Herrschaft in Thüringen hinterlassen hat. Die Forderungen der Thüringer Kommunen nach einer angemessenen Finanzausstattung sind insofern nachvollziehbar. Die CDU-Hinterlassenschaften müssen wir jetzt Stück für Stück abarbeiten. Dies ist nicht innerhalb weniger Wochen leistbar“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionschefin der LINKEN im Landtag und Parteivorsitzende in Thüringen, im Anschluss an die Sitzung.

Die Anzuhörenden hätten deutlich gemacht, dass das Auflegen des Hilfspakets und des kürzlich festgelegten Nachschlags in Höhe von 24,4 Millionen Euro „ein richtiger Schritt hin zu auskömmlicher Kommunalfinanzierung“ ist. Beide kommunalen Spitzen-

verbände bewerteten zudem die jetzt bestehende Option, die Investitionszuschüsse auch für laufende Ausgaben einsetzen zu können, als „einen wichtigen Beitrag zur Abschwächung finanzieller Notlagen“.

Die heftige Kritik der CDU am Kommunalpaket 2015 sei wenig überzeugend. „Anderenfalls hätte die größte Oppositionspartei ihre eigenen Vorstellungen als Änderungsanträge in der Anhörung zur Diskussion stellen müssen“, so die LINKE-Politikerin.

„Mit dem jetzt vorliegenden Gesetz von Rot-Rot-Grün schaffen wir mit den zusätzlichen 102,4 Millionen Euro für die Kommunen einen akzeptablen Übergang, bevor der Kommunale Finanzausgleich ab 2016 grundsätzlich neu strukturiert wird“, betonte Susanne Hennig-Wellsow. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Ablenkungsmanöver

„Die CDU will mit absurden Vorwürfen von eigener Schuld ablenken!“, so Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, mit Bezug auf eine Aufforderung der Thüringer CDU zur Mäßigung. Gerade die CDU sei es, die seit der Landtagswahl eine immer aggressivere Auseinandersetzung mit der rot-rot-grünen Koalition führe und dabei bewusst auch auf das Thema Flüchtlinge setze.

„Für die Verrohung der politischen Sitten in Thüringen ist sie maßgeblich verantwortlich. Wer politische Opponenten als ‘Bande’ bezeichnet, die man als CDU ‘vor sich herreiben werde’, muss sich über Auswüchse nicht wundern, die in Drohungen gegen Politiker der Linken und Anschlägen auf Wahlkreisbüros kulminieren“, sagte die Fraktionschefin. Bewusst habe die CDU Gespräche mit der rechtspopulistischen AfD gesucht und ein gemeinsames Vorgehen gegen die von Neonazis dominierte Thügida abgelehnt. ■

### Warnsignale

„Das Zündeln bei der Zuwanderungsfrage durch zumindest halb-offizielle Unterstützung von Ressentiments gegenüber Flüchtlingen gefährdet das demokratische Klima in diesem Land. Wenn sich Attacken gegen Flüchtlinge sowie Anschläge auf Büros und Fahrzeuge von Abgeordneten häufen und es Morddrohungen gegen den Ministerpräsidenten von Thüringen gibt, sind das eindeutige Warnsignale an alle Demokraten“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktionschefin und Landesvorsitzende der Linkspartei.

Die CDU in Mühlhausen verfolge das Ziel, die Nutzung eines Teils der ehemaligen Görmar-Kaserne als Landeserstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende explizit auszuschließen. Auch das Umgehen der CDU-Landrätin des Landkreises Greiz, Martina Schweinsburg, werfe ein bezeichnendes Licht auf die politische Haltung gegenüber Flüchtlingen. Schweinsburg, die auch Präsidentin des Thüringer Landkreistages ist, hatte den von der rot-rot-grünen Landesregierung veranlassten Winterabschiebestopp kritisiert und ist in den letzten Jahren durch einen besonders restriktiven und diskriminierenden Umgang mit Flüchtlingen im Landkreis Greiz aufgefallen. Sie gehörte auch zu jenen CDU-Landräten, die kürzlich äußerten, keine Flüchtlinge in ihrem Kreis aufnehmen zu wollen. Der CDU-Landeschef Mohring müsse sich entscheiden, ob er das demokratische Miteinander in Thüringen stärken oder fremdenfeindliches Klima anheizen wolle. ■

# Oft geht es nur noch um Konfliktvermeidung

## Eindrücke und Erkenntnisse von einer Tour bei Thüringer Jugendhilfeeinrichtungen

**Um lokale Gegebenheiten von Institutionen, Trägern und Akteuren in der Jugendhilfe in Thüringen besser kennenzulernen, haben wir, unser wissenschaftlicher Mitarbeiter für Bildung, Jugend und Sport der Landtagsfraktion, Dr. Steffen Kachel, und ich, in den vergangenen Wochen verschiedene Kreise und kreisfreie Städte bereist.**

Insgesamt waren wir sieben Tage unterwegs, sind mehr als 1.300 Kilometer durch Thüringen gefahren und haben uns mit 51 Personen getroffen. Station machten wir dabei in Erfurt, in Schmalkalden-Meiningen, in Gera, im Kyffhäuserkreis, im Altenburger Land, in Eisenach und im Wartburgkreis.

Bei aller Unterschiedlichkeit zwischen den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten gab es Problemlagen, die uns immer wieder begegneten. Die Träger, mit denen wir uns trafen, berichteten, dass sich in den letzten Jahren die Arbeit in der Jugendhilfe verändert hat. Sie geht weg von gruppenbezogenen Freizeitangeboten hin zur Einzelfallarbeit mit familiärem Ansatz.

In vielen Projekten wird beobachtet, dass die Kinder, die in die Einrichtungen kommen, immer jünger werden. Ein neues Problem in der offenen Jugendarbeit sind Migrantenkinder, welche oft einen deutlich höheren Unterstützungsbedarf haben. Durch die meist zu schmale Personalausstattung fehlt es aber an Ressourcen, hier tiefergehend zu helfen. „Eigentlich können wir an vielen Tagen nur Konfliktvermeidung leisten statt sozialer Arbeit“, fasste ein Sozialarbeiter zusammen.

Ein weiteres Problem für die Einrichtungen ergibt sich daraus, dass immer mehr Kinder mit Hunger in den Jugendclub kommen und für Essensversorgung

in den Förderrichtlinien keine Mittel vorgesehen sind. Manche Träger versuchen, sich mit Spenden zu behelfen, aber dies erweist sich für eine kontinuierliche Planung als schwierig.

Ein anderer Aspekt, der uns in den Jugendämtern bzw. bei den Jugendfachdiensten genannt wurde, war die Finan-

die im Bereich der Jugendhilfe stark verbreitete Befristung sowie die oft zu geringe Bezahlung. Eine Befristung ist leider nicht zu umgehen, weil es für die Träger sehr oft kaum Planungssicherheit für ein Jahr, geschweige denn über längere Zeiträume gibt. Zusätzliche Förderungen sind fast immer projektgebun-

den und nur auf einen kurzen Zeitraum bezogen, Mitarbeiter haben de facto kaum Aufstiegsmöglichkeiten und fallen mit neuen Projekten wieder in niedrige Lohngruppen zurück. Hier sind gesetzliche Regelungen denkbar, die die Situation verbessern.

Unser Fazit: Es gibt einiges zu tun, um die Arbeitsbedingungen und die Wirksamkeit der Jugendar-

beit und Jugendsozialarbeit in Thüringen zu verbessern, und das ist angesichts der Probleme dringend nötig! Viele in diesem Bereich hoffen auf die neue rot-rot-grüne Landesregierung.

*Kati Engel, Sprecherin der Fraktion für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik*

*Foto: Besuch bei der Drogenkontaktstelle „accept“ in Altenburg - v.l.n.r.: Kati Engel, Ralf Plötner (Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE Altenburger Land), Anett Bernhard (Drogenkontaktstelle), Mandy Eißing (Mitglied im Jugendhilfeausschuss Altenburger Land für DIE LINKE) und Gunter Starke (aufsuchende Jugendsozialarbeit Altenburg)* ■



zierung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit. Hier hörten wir, dass es ohne die Förderung durch das Land keine Möglichkeit gäbe, diese Arbeit in ihrer jetzigen Form aufrecht zu erhalten. Allerdings sollte nach Fachmeinung der betreuenden Stellen damit schon in der Grundschule angesetzt werden. Denn Horte sind nicht in der Lage, diese Aufgabe in der Art und Weise zu leisten, wie es die Schulsozialarbeit vermag.

Egal ob freier Träger oder Jugendfachdienst, eines bekamen wir überall mit auf den Weg: Die Stellenbesetzung gestaltet sich oft schwierig, mitunter fehlt es an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern. Wesentliche Ursachen sind

## Flüchtlinge schützen - vor Biedermännern und Brandstiftern

**Gemeinsam mit antirassistischen Initiativen hatte DIE LINKE zur Solidarität mit Geflüchteten aufgerufen und appelliert, sich am 20. April in Eisenberg gegen Nazis und schützend vor die in der Landesaufnahmestelle lebenden Flüchtlinge zu stellen.**

„Unsere Unterstützung in Eisenberg ist bitter nötig und nicht nur ein symbolischer Akt, schließlich marschieren ganz in der Nähe Nazis und dürfen ihre menschenverachtenden und ausländergefeindlichen Hetztiraden brüllen – und das nur wenige Tage nach dem brutalen Überfall auf drei Flüchtlinge. Unfassbar!“, so Sabine Berninger, Flüchtlingspolitikerin der Linksfraktion.

Sie hatte in Abstimmung mit der Initiative gegen rassistische Aufmärsche

in Thüringen den Platz vor der Erstaufnahmestelle für eine Kundgebung angemeldet.

Den Titel der Kundgebung „Flüchtlinge schützen – vor Biedermännern und Brandstiftern!“ begründete die Politikerin damit, „dass sogenannte ‚besorgte Bürger‘, die sich wie in Suhl oder Mühlhausen mit Nazis und deren rassistischer Hetze gemein machen, mitverantwortlich dafür sind, dass die Brandstifter den Eindruck erhalten oder für sich in Anspruch nehmen, die Mehrheit stünde hinter ihnen und billige Bedrohungen und gewalttätige Übergriffe“.

Das Zeichen, welches die Kundgebung setzen wolle, gehe in drei Richtungen. „Dem rassistischen Mob zeigen wir: Ihr stoßt auf unseren Widerstand. Den Einwohnerinnen und Einwohnern Eisenbergs demonstrieren wir: der Mob hat nicht die Oberhand

und ist keineswegs ‚das Volk‘. Und den Flüchtlingen wollen wir signalisieren: Ihr seid nicht allein, wir stehen mit Euch gemeinsam.“

Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, zeigte sich empört: „Damit findet erstmals seit 12 Jahren wieder ein genehmigter Neonazi-Aufmarsch am ‚Hitlergeburtstag‘ in Thüringen statt und das Landratsamt des Saale-Holzland-Kreises wird für die Kooperation von den Neonazis gar gelobt.“

Wer die vergangenen Thügida-Aufmärsche mitverfolgte, weiß, dass damit die in Eisenberg untergebrachten und häufig durch Fluchterfahrungen traumatisierten Menschen nun zusätzlich mit einem gewaltbereiten rassistischen Mob fast direkt vor der Haustür konfrontiert werden.“ ■

# Im Thüringer Wald „Ihr Bauwerk betrachten“

Aus dem Plenarprotokoll der Landtagsdebatte zum Bau der 380-kV-Trasse

**Beratung des „Berichts des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz zum Planfeststellungsverfahren zum 3. Bauabschnitt der Südwestkuppelleitung“ auf Verlangen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Landtagssitzung v. 27. März – Auszüge aus dem Plenarprotokoll:**

**Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:**

(...) Thüringen will seinen Beitrag dazu leisten, die Energiewende dezentral, bürgerschaftlich und versorgungssicher zu gestalten. Und in welchem gesetzlichen Rahmen bewegen wir uns? Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinen Entscheidungen zum 2. Bauabschnitt der Thüringer Strombrücke vom 24. Mai 2012 und vom 18. Juli 2013 ausdrücklich festgestellt, dass nach derzeitigem Erkenntnisstand Netzoptimierung und Netzverstärkung den erforderlichen Leitungsneubau für die anstehenden Übertragungsaufgaben nicht ersetzen können. Nach diesem Urteil bleibt somit auch weiter die interessante Frage, welche Alternativen es beim Ausbau der Stromnetze gibt, um diesen auf das unumgänglich notwendige Maß beschränken zu können.

Ich will denjenigen danken, beispielsweise den Bürgerinitiativen, aber auch der Landrätin, Frau Enders, weil ich weiß, dass sie viele Jahre darum gekämpft haben, dass im Hinblick auf das EnLAG wir eine bessere Planung haben. Ich sage Ihnen auch, von heute betrachtet hätte man vor zehn Jahren, wir können die Uhr nicht zurückdrehen, darüber nachgedacht, große Infrastrukturprojekte, wie es einerseits die Thüringer Strombrücke ist, andererseits Straßenbau und zum Dritten auch die ICE-Trassen, hätte man das zusammengedacht, hätten wir an dieser Stelle

le auch eine andere Debatte hier miteinander geführt. Aber das ist nicht geschehen und das ist bedauerlich. Wichtig ist hier zu wissen, dass die gesetzliche Verantwortung für die Versorgungssicherheit bei den Netzbetreibern liegt, das ist in Thüringen 50 Hertz. Und diese sind grundsätzlich mit dem jeweiligen Stand der Technik auch auszustatten und entlang dessen muss auch gearbeitet werden.

Da sage ich auch ganz klar, es gibt immer noch viel zu wenig Pilotprojekte, beispielsweise für Erdverkabelung, die zu einem anderen Stand der Technik führen könnten. Das ist eine der Aufgaben, die wir jetzt stemmen müssen in den nächsten viereinhalb Jahren, dass wir da deutlich moderner, innovativer werden und auf einen besseren Stand der Technik drängen. Für die Thüringer Strombrücke wurden solche Erdverkabelungsoptionen sowohl im Raumordnungsverfahren als auch durch 50 Hertz und Planfeststellungsverfahren geprüft – leider noch mit negativem Ergebnis. Es wurde festgestellt, dass die ökologischen Auswirkungen einer Erdverkabelung höher sind als die einer Freileitung. (...)

**Steffen Harzer, DIE LINKE:**

Wie hat gestern so treffend das „Freie Wort“ geschrieben unter dem Titel „Rot-Rot-Grün kämpft mit den Altlasten“ zur 380-kV-Trasse: Gerade die Umweltministerin hat einen Großteil der Altlasten, für die frühere Regierungen verantwortlich sind.

Wir baden aus, was Sie unserer Natur, unserer Umwelt antun. Wenn Sie mal anschauen wollen, wie Landschaftsentwicklung, Naturraumentwicklung à la CDU aussieht, dann fahren Sie mal von Gehren in Richtung Ilmenau, dann sehen Sie dies bei Langeviesen hervorragend. Da hat man die Umgehungsstraße, dann hat man eine ICE-Brücke, dann hat man die 380-kV

und daneben hat man noch die 110-kV-Leitung von der Bahn. Das sieht fantastisch aus! Dieses Tal ist für unser Leben geprägt. Dort wird sich nichts wieder verändern. Das ist Politik à la CDU. Das haben Sie zu verantworten.

Die Bürgerinitiativen haben mehrfach belegt, dass diese Leitung energiepolitisch nicht notwendig ist – u.a. durch das Jarras-Gutachten und durch Lastflussanalysen –, dass der überdimensionierte Netzausbau Klimaschutzziele konterkariert, dass dieser Netzausbau nicht zum zeitnahen Absenken des Kohlestroms beiträgt, dass der Windstromausbau im Norden für den Trassenbau widerlegt worden ist.

**LINKE-Antrag bereits 2007**

Das hat sogar 50Hertz vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zugeben müssen. Durch Gutachten wurde dargestellt, dass diese Leitung unsinnig ist. Es gab gemeinsame Bündnisse aus Landkreisen, Kommunen, IGs, BIs, Bürgern usw. aus Thüringen und Bayern, die jahrelang dafür gekämpft haben, diese Trasse zu verhindern. Ich will nur einmal kurz daran erinnern: Bereits 2007 gab es einen Antrag der LINKE-Fraktion „380-kV-Höchstspannungsleitung vom Raum Halle über Erfurt nach Nordbayern“.

Dort wurde der Landtag aufgefordert festzustellen, „a) dass die Überprüfung der energiewirtschaftlichen und versorgungsseitigen Notwendigkeit der 380-kV-Höchstspannungsleitung vom Raum Halle über Erfurt nach Nordbayern vor dem Hintergrund des § 1 des Thüringer Landesplanungsgesetzes zwingend Inhalt und Gegenstand des noch ausstehenden Raumordnungsverfahrens für den Abschnitt Altenfeld-thüringisch-bayerische Landesgrenze sein muss.“

*Fortsetzung auf Seite 8*

VON A BIS Z:

## Mindestlohn

Nachdem kürzlich die IHK Erfurt ein „negatives Fazit“ zur Einführung des Mindestlohns gezogen hatte, erklärte dazu Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Der allgemeine Mindestlohn ist ein Erfolg für die Thüringer Beschäftigten und auch die Thüringer Unternehmen. Es ist – anders als die IHK Erfurt behauptet – auch für die Unternehmen wichtig und richtig, dass Thüringen endlich sein Niedriglohnmage los wird, dass der durch den Mindestlohn steigende Konsum die Binnenkonjunktur weiter ankurbelt und so Aufträge und Beschäftigung sichert.“

Die Schlussfolgerungen der IHK seien „vollkommen unverständlich“. Vielmehr sei ein Erfolg, wie gut auch die meisten Thüringer Unternehmen mit dem gehobenen Lohnniveau umgehen. „Die guten Arbeitsmarktdaten und die hervorragenden Konjunkturprognosen zeigen, wie robust auch die Thüringer Wirtschaft ist. Mit der Angstmacherei wegen angeblichem massiven Arbeitsplatzabbau und reihenweisen Unternehmenspleiten muss jetzt endlich Schluss sein“, forderte der Wirtschaftspolitiker.

Es wäre auch im Interesse der Industrie- und Handelskammer Erfurt, die ideologischen Schützengräben zu verlassen und den Mindestlohn als positive Entwicklung, auch im Wettbewerb um Fachkräfte, offensiv und positiv in ihren Mitgliedsunternehmen zu vertreten. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden am 29. und 30. April sowie in der Zeit vom 27. bis 29. Mai statt.

### Arbeitnehmerrechte:

Die Linksfraktion und die Rosa-Luxemburgstiftung laden ein zur Veranstaltung „Rechte der Beschäftigten in Betrieb und Gesellschaft stärken“ am Dienstag, den 28. April, 14 bis 17.30 Uhr, im Thüringer Landtag, Raum 101.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Industrie

Die Thüringer Industrie erzielte in den ersten zwei Monaten 2015 rund 4,5 Milliarden Euro Umsatz. Wie das Landesamt für Statistik mitteilte, lagen die Umsätze (bei einem Arbeitstag weniger) in den Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten geringfügig um 0,2 Prozent bzw. 9 Millionen Euro über dem Vorjahreszeitraum. Im Export gab es einen Anstieg um 9 Millionen Euro. Die Umsätze im Inland entsprachen mit 3,0 Milliarden Euro ebenfalls dem Vorjahreswert. In den Thüringer Industriebetrieben waren zu Jahresbeginn durchschnittlich 139.234 Personen beschäftigt, 858 Personen mehr. Die Anzahl der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten sank um 12 auf durchschnittlich 842. ■

## Hochschulen

Anlässlich wichtiger Weichenstellungen für die Thüringer Hochschullandschaft führt MdL Christian Schaft in diesen Wochen Gespräche mit Präsidien und Rektoraten sowie mit Studierendenvertretungen. Bereits Anfang des Jahres war er gemeinsam mit der Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS), beim Studierendenrat der FSU Jena und dem Präsidenten der FSU, Prof. Dr. Walter Rosenthal und hatte einen Dialogprozess angestoßen. „Nur durch einen regelmäßigen Austausch ist es möglich, dass alle Akteurinnen und Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen, um die Grundlage für eine demokratische, soziale und innovative Hochschullandschaft in Thüringen zu schaffen“, so Schaft. ■

## Öffentlicher Dienst

Nach neuesten Angaben des Landesamtes für Statistik waren am 30.06.2014 im öffentlichen Dienst in Thüringen insgesamt 102.235 Personen beschäftigt. Das sind 0,5 Prozent bzw. 560 Beschäftigte weniger als noch im Vorjahreszeitraum und der niedrigste Stand der Beschäftigtenzahlen seit fünf Jahren. Der Landesbereich verzeichnet einen Personalarückgang von 465 Personen gegenüber dem Vorjahr. Am stärksten betroffen sind die Behörden, Gerichte und Einrichtungen des Landes. Waren 2013 hier noch 47.855 Personen beschäftigt, sind es zum Stichtag 2014 47.340 Personen, ein Rückgang von 515 Beschäftigten. Auch im kommunalen Bereich gab es leichte Personalarückgänge. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Gedenken im KZ-Außenlager Laura

Am 13. April 1945 wurden die Häftlinge des Außenlagers Laura des KZ Buchenwald durch die Alliierten befreit. Das Lager bei Schmiedebach bestand 19 Monate. Unter menschenunwürdigen Bedingungen waren bis zu 800 Häftlinge in einer ehemaligen Scheune eingepfercht. Von 2.600, die in unterirdischen Produktionsstätten die Triebwerke der V2 testen mussten, verloren 550 ihr Leben. Ihrer und allen Opfern des Nazi-Regimes wurde anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Außenlagers gedacht. Gemeinsam mit Ministerpräsident Bodo Ramelow und Vertretern des LINKE-Kreisverbandes hatte Rainer Kräuter, Mitglied der Linksfraktion des Landtages, an den Feierlichkeiten zu Ehren der ehemaligen Häftlinge, ihrer ermordeten oder verstorbenen Kameraden aus der Sowjetunion, Polen, Frankreich, Italien, Belgien und den Niederlanden teilgenommen und ein gemeinsames Blumengebinde niedergelegt. „Besonders in diesen Tagen muss es darum gehen, viele der Zeitzeugen von damals zu treffen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, um ihr Vermächtnis weiterzugeben.“ Unter diesem Aspekt werde der Abgeordnete den Film „Geklaute Jugend“ und das Buch „Häftling 20801“ für die politische Arbeit im Wahlkreis einsetzen. „Behalten wir die Geschehnisse für immer im Gedächtnis. Angesichts der Lehren aus der deutschen Geschichte muss die Zivilgesellschaft zusammenstehen, um Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus die Stirn zu bieten. Für diese Ideologie darf niemals Platz in unserer Gesellschaft sein“, betonte der Landtagsabgeordnete. ■

### Alternative 54 e.V. besteht seit 20 Jahren

Anlässlich des Gründungsjubiläums des Vereins der LINKE Landtagsabgeordneten Alternative 54 e.V. findet am Montag, den 27. April, eine Festveranstaltung in der Staatskanzlei in Erfurt statt.

Der Verein, den 12 Abgeordnete der PDS-Fraktion des Thüringer Landtags vor 20 Jahren aus Protest gegen den Diäten-Automatismus nach Artikel 54 der Landesverfassung ins Leben gerufen haben, hat seither mit den persönlichen Spenden der Abgeordneten über 2.700 Vereine und Verbände in Thüringen unterstützt. Die Summe der ausgereichten Zuwendungen wird in diesen Tagen die Eine-Million-Euro-Grenze überschreiten, Anlass genug, dieses Jubiläum zu feiern. Dabei wird auch Gregor Gysi in Erfurt erwartet. ■

# Keine Unterstützung für Vorratsdatenspeichern

**Leider ist Bundesjustizminister Heiko Maas „umgekippt und setzt Bürgerrechte aufs Spiel“, kommentierte Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, den sogenannten Kompromiss zur Vorratsdatenspeicherung vom 15. April.**

Die Abgeordnete verwies darauf, dass es kürzlich noch hieß, man werde im Alleingang nichts unternehmen, ehe nicht auf EU-Ebene eine neue Richtlinie erlassen wurde. „Nun wird offenbar im Eiltempo an der Umsetzung der anlasslosen Massenüberwachung gearbeitet. Dass die SPD im Bund ihre letzte Glaubwürdigkeit in Bürgerrechtsfragen verspielt, ist ihre Sache. Aber betroffen sind die Menschen in diesem Land, denen weitere Grundrechte eingeschränkt und genommen werden sollen. Das darf nicht hingenommen werden“, betonte Katharina König.

DIE LINKE im Bund und auch in Thüringen lehnt nach wie vor die Vorratsdatenspeicherung als ungeeignetes Mittel gänzlich ab. Als „völlig ungeeignet, auch nur einen rudimentären Schutz der Bürgerrechte zu gewährleisten“, bezeichnete die Abgeordnete dabei die als Kompromiss dargestellten Ausnahmeregelungen, die für bestimmte Fälle gelten sollen. „Weder die

kürzeren Speicherfristen, noch die Beteuerungen, dass es keine Profilbildung geben soll, können darüber hinwegtäuschen, dass es sich um eine massenhafte Identitätsfeststellung handelt, die ohne jeden Anlass jede und jeden unter Generalverdacht stellt.“



Dass die Sammlung der Daten ohne Anlass erfolgt, war einer der Kritikpunkte, die die Gerichte dazu veranlassten, das vorangegangene Gesetz und die dazu gehörende EU-Richtlinie

als Grundrechtsverstöße einzuordnen und diese aufzuheben. „Darüber hinaus sind die Hinweise bezüglich der verbotenen Profilbildung auch äußerst ungläubwürdig, denn wenn man auf eine große Liste von Verbindungsdaten einer Person schaut, ergibt sich ein gewisses Profil von allein“, stellte Katharina König fest.

Ganz unklar sei auch, wie man sich manche Ausnahmen vorstellen soll. „Sollen etwa Berufsgeheimnisträger, wie zum Beispiel Ärzte, Anwälte und Journalisten, jedes Kommunikationsmittel bei einer staatlichen Stelle anmelden, damit sie wieder aus der anlasslosen Überwachung ausgeschlossen werden kann? Dafür müssten sie sich im Prinzip ebenso bloßstellen, als seien sie von der Massenüberwachung wie jeder andere erfasst.“

Mit Verweis auf den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag in Thüringen erklärte die LINKE Abgeordnete: „Ich bin sehr froh, dass sich zumindest die Thüringer SPD im Rahmen der Koalition dazu entschließen konnte, die Vorratsdatenspeicherung klar auszuschließen. Die Regierungsparteien in Thüringen haben deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart, alle ihnen möglichen Schritte zu gehen, um die Einführung dieses Überwachungsinstruments zu verhindern. Das scheint nun leider schneller nötig, als vermutet.“ ■

## Aus der Landtagsdebatte zur 380-kV-Trasse (Fortsetzung v. S. 7)

b) dass die 380-kV-Höchstspannungsleitung vom Raum Halle über Erfurt nach Nordbayern weder energiewirtschaftlich noch versorgungsseitig notwendig ist“ – 2007. Bereits damals hat dies Ihre Regierung abgelehnt.

*(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wird Zeit, dass es wieder so weit ist!)*

Der Wähler mag da einen Riegel verschieben, weil wir ja Thüringen vorwärts gestalten wollen und nicht rückwärts, lieber Kollege Mohring.

Die Frage ist doch auch: Wer hat im Bundesrat EnLAG und NABEG, diesen Lobbygesetzen, zugestimmt? Ihre Landesregierung! Damit hat sie die Grundvoraussetzung geschaffen, dass diese Leitung gebaut worden ist, dass den Kommunen die kommunale Selbstverwaltungshoheit entzogen wurde, dass die rechtlichen Möglichkeiten für Bürger, für Kommunen, für Regionale Planungsgemeinschaften beschnitten wurden.

Wie ernst nimmt man dann noch Kommunen und Bürger? Wie ernst nimmt man sein eigenes Tun, wenn man dann einer Regierung, die dieses vorfindet, vorwirft, sie hätte Wahlversprechen gebrochen, sie würde die Bürger veralbern, sie würde ihnen Sand ins Getriebe streuen? Wie ernst nimmt man dann sein eigenes Tun aus den vorangegangenen 15 Jahren, lie-

ber Herr Gruner? Das müssen Sie sich einfach fragen lassen. Sie sind verantwortlich für diese Naturzerstörung.

Wenn immer abgestellt wird auf den Stand der Technik, was Sie auch gemacht haben – es war schon damals Stand der Technik, dass man auch einen Tunnel durch den Thüringer Wald für die Leitung hätte bohren können, wenn sie denn überhaupt gebraucht worden wäre. In Spanien machen sie es vor, die bauen für ihre Hochspannungsleitung durch die Pyrenäen einen Tunnel, um dieses zu transportieren. Das ist etwas teurer, klar, aber es schützt Natur, es schützt Umwelt, es schützt die Menschen in den betroffenen Gebieten. Und fahren Sie mal nach Schalkau, schauen Sie sich mal an, was dort gebaut werden soll mit dieser unsinnigen Trasse, was dort noch entstehen soll mit diesem Abzweig nach Grafenrheinfeld.

Schauen Sie es sich an, reden Sie mit den Bürgern, dann wissen Sie, was Sie verbrochen haben hier in Thüringen, und Gott möge uns beschützen davor, dass Sie wieder allein an die Regierung hier in diesem Lande kommen.

Es gibt viele technische Möglichkeiten, Strom zu transportieren und es gibt zum Beispiel auch die Möglichkeiten, durch Lastmanagement in den bestehenden Leitungen durch Hochtemperaturseile entsprechend auch den Strom in größerer Kapazität zu trans-

portieren. Dieses alles wurde hier von der Kollegin Enders, die Sie zitiert haben, gesagt. Ich finde es frech, dass Sie ausgerechnet Frau Enders zitieren, die Ihre Fraktion hier im Landtag ausgelacht hat für Ihre Vorschläge, wie man 380-kV-Leitung verhindern kann, wie man 380-kV-Leitung anders bauen kann.

Das sind alles Tatsachen, die hier benannt werden müssen, wenn man über diesen Bericht redet. Ich danke der Landesregierung, der Ministerin, dass sie, was Sie niemals fertiggebracht hätten, das ökologische Trassenmanagement durchgesetzt haben, was bei Ihnen nie auf der Agenda stand, dass man zumindest keine freigehaltenen Trassen im Thüringer Wald hat.

Aber ich bitte Sie, zukünftig regelmäßig über den Thüringer Wald zu gehen und Ihr Bauwerk zu betrachten. Ich habe auch noch einen Vorschlag von den Bürgern aus der Region Sonneberg. Ihr Fraktionsmitglied, der Henry Worm, war ja in der zurückliegenden Legislatur der energiepolitische Sprecher, Ihr Vorgänger, Herr Gruhner, er kommt ja aus der Region, und die Bürger haben mir vorgeschlagen, aufgrund der Nachhaltigkeit, um auch dem Henry Worm eine entsprechende Würdigung zukommen zu lassen, die Strombrücke von Altenfeld nach Schalkau „Henry-Worm-Trasse“ zu nennen. ■

## DAS THEMA

# „Der Frühling wird bunt, nicht braun“

„Thüringen zeigt Gesicht gegen Rechtsextremismus und Rassismus – der Frühling wird bunt, nicht braun“, so der Titel der Aktuellen Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der letzten Landtagssitzung (25. März). Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll:

**Madeleine Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Neben den braunen Montagsdemonstrationen finden in Thüringen zahlreiche Veranstaltungen statt. Allein die uns bekannten Konzerte, Veranstaltungen und Aufmärsche müssen uns aufhorchen lassen. Das Spektrum reicht von monatlichen Nazikonzerten in Kirchheim, über Lesungen mit Holocaustleugnern am Tag der Befreiung von Buchenwald in der neuen erworbenen Immobilie von Tommy Frenck in Kloster Veßra bis hin zu den genannten Thügida-Aufmärschen. Am 1. Mai marschieren in Saalfeld Anhängerinnen und Anhänger des „Dritten Weges“, einer Partei, die Neonazis aus Süddeutschland eine neue Heimat bietet. Die meisten von ihnen kommen aus dem im Juli 2014 verbotenen Kameradschaftsnetzwerk „Freies Netz Süd“. „Der Dritte Weg“ vertritt klar nationalsozialistische Positionen und breitet sich derzeit auch in Thüringen aus. Gleichzeitig findet eine Demonstration der NPD in Erfurt statt.

So unterschiedlich die Gruppierungen der extremen Rechten in Thüringen sind, in einer Sache sind die sich mittlerweile sehr einig: ihre klare Ablehnung und Hetze gegenüber Asylsuchenden Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten. Die sonst so gespaltene extrem rechte Szene steht zusammen, wenn es um den rassistischen Grundkonsens ihres Weltbilds geht.

**Stephan Brandner, AfD:**

Thüringen zeigt Gesicht gegen Extremismus und ist auch gegen Extremismus. Das ist aus unserer Sicht prima. Auch wir als AfD sind dabei.

*(Zwischenruf Steffen Dittes, DIE LINKE: Wie, die AfD schafft sich ab?)*

Extremistische Positionen und Handlungen sind nämlich niemals gut. Das lässt bei mir die Frage aufkommen, wieso Thüringen und dieser Landtag kein Gesicht gegen alle Auswüchse des Extremismus zeigen soll, also auch gegen Linksextremismus.

**Diana Lehmann, SPD:**

Wenn wir an die Ergebnisse des Thüringen-Monitors denken, wir haben sie vor wenigen Wochen hier gehört, und 48 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer, also beinahe jeder Zweite sagen, dass die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer überfremdet wird; wenn 55 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer sagen, Muslime würden in Deutschland zu viele Forderungen stellen, dann ist das, glaube ich, ebenfalls einfach problematisch. Das sind eben nicht nur verfestigte Nazis, das

**Aus der Debatte „Thüringen zeigt Gesicht gegen Rechtsextremismus und Rassismus“**

sind nicht nur Abgehängte, das ist nicht nur das Prekariat, sondern das sind Menschen, die stehen mitten in der Gesellschaft. Das sieht man auch, wenn man sich die Milieuauswertung zum Thüringen-Monitor ansieht. Lediglich 17 Prozent aller Thüringerinnen und Thüringer haben keine Vorurteile und keine Ressentiments gegen Ausländer oder keine nationalsozialistischen Einstellungen. Das zeigt wie groß der Handlungsdruck ist.

öffentlichen Veranstaltung zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft davon sprechen, dass sie Angst haben, dass ihre Karnickel aus den Ställen gestohlen werden, wenn jetzt dort Flüchtlinge untergebracht werden sollten.

Es geht aber auch weiter: Wenn man darüber spricht, dass ja, wenn Flüchtlinge in die Nachbarschaft kommen, sofort eine Abwertung des eigenen Eigentums stattfinden würde. Und es hört noch lange nicht auf, auch wir ha-

ist die immer wieder nur einseitige Fokussierung der Regierungskoalition auf den Rechtsextremismus. Die jüngsten Krawalle von Frankfurt mit einem unvorstellbaren Ausmaß an linksextremistischer Gewalt schockieren die ganze Republik. Dabei ist der Linkspartei für einen Moment die Maske der Friedfertigkeit massiv verrutscht, denn dieses Mal konnte man dahinter die Fratzen linker Schlägertrupps erkennen.

*(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Das ist eine Frechheit!)*

Ja, darüber können Sie sich aufregen, wie Sie wollen.

**Dr. Birgit Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport:**

Die vergangenen Montage haben uns aber auch gezeigt, dass sich Thüringerinnen und Thüringer nicht einschüchtern lassen, dass sie sich nicht manipulieren lassen, dass sie in der Lage sind, gegen derartige Machenschaften Gesicht zu zeigen. Sie haben gezeigt, dass das beste Mittel gegen Rechtsextremismus eine starke Zivilgesellschaft ist. Mit dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit stärken wir die Zivilgesellschaft in Thüringen. Das Landesprogramm unterstützt bürgerschaftliches Engagement dort, wo Unterstützung am meisten gebraucht wird, auf der Ebene der Kommunen. Das Landesprogramm sichert Strukturen der mobilen Beratung, der Opferberatung und der Aussteigerberatung. Das Landesprogramm bringt Akteure an einen Tisch und sorgt für eine Vernetzung.

Und um die wichtige Arbeit der Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus zu unterstützen, haben wir seit letztem Jahr eine Stelle zur Vernetzung und Koordinierung eingerichtet, die auf Wunsch der Bürgerbündnisse bei der mobilen Beratung beheimatet ist. Es ist uns gelungen, in den letzten Jahren ein fast flächendeckendes Netz von lokalen Aktionsplänen zu knüpfen. Im letzten Jahr wurden in diesem Rahmen über 360 lokale Projekte gefördert und durchgeführt. In der Präventionsstrategie der Landesregierung werden wir diese Strukturen durch zahlreiche Modellprojekte, überregionale Präventionsprojekte und Interventionsprojekte ergänzen und auch mit dem Wunsch, diese in den nächsten Jahren gemeinsam zu erweitern und auszufinanzieren. Wir wissen auch, dass wir alle Menschen mitnehmen wollen und müssen. Unsere Schulen brauchen Unterstützung genauso wie Behörden und Kommunen. Dieser Aufgabe stellen wir uns als Landesregierung und ich lade Sie dazu ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Wir brauchen eine Kultur der Würdigung und der Wahrung der Würde des Menschen, jedes Menschen. ■



**Katharina König, DIE LINKE:**

Und wenn man sich anschaut, was sowohl die Heitmeyer-Studie als auch der Thüringen-Monitor als auch die Mitte-Studie usw. festhalten, dann kann man sich in der Konsequenz nur Herrn Heitmeyer anschließen, nämlich: Es reicht nicht aus, über die Neonazis zu reden, die hier wöchentlich in Thüringen momentan aufmarschieren – mehr als 25 Aufmärsche stehen uns bis zum Ende des Sommers bevor –, sondern wir müssen über das von Heitmeyer so bezeichnete „verrohte Bürgertum“ reden, welches sich entsolidarisiert von Menschen, die schwächer sind, von Hartz-IV-Empfängern, von den Kranken, von Flüchtlingen, von allen, die sie abwerten und die sie in vermeintlich untere Menschengeschichten einordnen. Da geht es auch darum, zu reflektieren, welchen Anteil wir daran haben, wir, die jeweiligen einzelnen Abgeordneten, aber auch wir als Fraktionen und wir als Teil der Zivilgesellschaft und die Zivilgesellschaft draußen auf der Straße. Es beginnt nämlich spätestens dann, wenn an Stammtischen – sei es von der CDU oder sei es ein normaler Stammtisch von einem Faschingsverein oder Ähnlichem mehr – davon gesprochen wird, dass ja die Zahl der Ladendiebstähle gestiegen wäre aufgrund der Flüchtlinge,

*(Michael Heym, CDU: Weil es so ist, Frau König! Sich hinstellen und die Welt schönreden!)*

welche sich jetzt vor Ort aufhalten. Es geht weiter, wenn Bürger und Bürgerinnen im Zusammenhang mit einer

ben Anteile daran, dass Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Auch wir finanzieren Frontex mit, auch wir sorgen dafür, dass es uns hier in Deutschland gut geht, und ignorieren dabei viel zu häufig, dass das auf Kosten von anderen Menschen stattfindet. Und da halte ich es für dringend notwendig, nicht nur allwöchentlich gegen Thügida, Sügida und die ganzen anderen Neonazidemonstrationen auf die Straße zu gehen, auch wenn wir dies tun sollen und müssen und es auch notwendig wäre, da Abgeordnete anderer Fraktionen mit wahrzunehmen, sondern ich halte es für viel wichtiger und notwendiger, dass wir beginnen, über die Abgrenzungspolitik und die Ausgrenzungspolitik, die nicht nur im Alltag, sondern leider auch hier im Parlament häufiger in Redebeiträgen stattfindet, nachzudenken und dafür uns einzusetzen, dass eine offene Gesellschaft, in der Menschen – egal welcher Nationalität und egal welcher Herkunft – willkommen sind, hier in Thüringen, aber generell in Deutschland möglich wird.

**Wolfgang Fiedler, CDU:**

Wie bei allen Demonstrationen von Pegida und ihren Ablegern, also von Legida über Sügida bis Thügida, waren mitnichten nur Rechtsradikale dabei, deren Intention auf Gewalt und Hass gerichtet war. Es waren vielmehr auch ganz normale Menschen unter den Teilnehmern, deren Ängste, aber zum Teil auch Unwissenheit wir alle ernst nehmen müssen und nicht als blinde Fremdenfeindlichkeit abtun können.

Der zweite Aspekt, der mir an dieser Stelle wichtig zu erwähnen erscheint,

# Gleiche Lebensverhältnisse haben Verfassungsrang

Bremer Erklärung der Vorsitzenden der LINKE Landtagsfraktionen und der BT-Fraktion

**Drei Wochen vor der Bürgerschaftswahl in Bremen am 10. Mai fand in der Hansestadt die Konferenz der Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion der LINKEN statt. In einer von ihnen verabschiedeten Bremer Erklärung wird hervorgehoben: Gleichwertige Lebensverhältnisse haben Verfassungsrang – nur eine auskömmliche Finanzierung von Ländern und Kommunen verhindert ein Auseinanderdriften der Regionen.**

**Gregor Gysi, Vorsitzender Bundestagsfraktion der LINKEN:** „Um Armut zu bekämpfen, muss zuerst die Bundesregierung ihre Verantwortung wahrnehmen und für eine gerechtere Steuerpolitik, eine andere Sozialpolitik, aktive Arbeitsmarktpolitik sorgen und Leiharbeit, befristete Beschäftigung und Niedriglohn zurückdrängen.“

Die Mitte der Gesellschaft muss durch Beseitigung des Mittelstandsbauches bei der Einkommenssteuer entlastet werden. Dieser jahrelangen Forderung der LINKEN haben sich die Wirtschaftsforscher in ihrem Frühjahrsgutachten angeschlossen. Die Länder müssen in die Bildung investieren und gleiche Bildungschancen für alle sichern, um Auswege aus der Armut zu öffnen. Frühkindliche Bildung, schulische Bildung und Qualifizierung

ist originäre Landesaufgabe. Doch auch dabei brauchen die Länder gerade angesichts ihrer unterschiedlichen Finanzkraft Unterstützung durch den Bund. Deshalb gehört das Kooperationsverbot, also das Verbot für den Bund, Ausgaben für Bildung zu tätigen, abgeschafft. Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.

DIE LINKE fordert daher, dass sich der Bund endlich angemessen an den Bildungsausgaben beteiligt. Gerade auch, um Ungleichheiten zu beseitigen. Denn Armut steigt in Ländern und Kommunen, die ohnehin schon finanzschwach sind, während die Entwicklung in reicheren Regionen tendenziell gegenläufig ist. Gleichzeitig leiden die ärmeren Städte häufig unter Haushaltsrestriktionen und können so nicht angemessen gegensteuern. Das Grundgesetz schreibt aber die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ganzen Land als Ziel der Politik fest. Dem darf sich die Bundesregierung nicht länger entziehen.“

**Kristina Vogt, Vorsitzende der Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft:** „Bremen ist nicht nur das Bundesland mit der höchsten öffentlichen Verschuldung, sondern inzwischen auch das Land mit der höchsten Armutsquote. In Deutschland driften Regionen auseinander, in Bremen Ortsteile. So liegt das Jahresdurch-

schnittseinkommen in Horn bei 108.145 Euro während es in Gröpelingen-Ohlenhof bei 17.432 Euro liegt. In Horn absolvieren bis zu 85 Prozent aller Schülerinnen und Schüler das Abitur, in Gröpelingen 15 Prozent. Die Kinderarmut liegt in Gröpelingen bei fast 50 Prozent.“

Die LINKE fordert deshalb ein konsequentes Umdenken und neues Handeln: mehr Investitionen in Bildung, Kita, Weiterbildung und Qualifikation von Erwerbslosen. Dieser Senat tut so, als ginge beides: die knallharte Sanierungsvereinbarung mit Berlin einzuhalten und trotz geringer werdender Haushaltsmittel zukünftig wahre Wunder in Sachen Armutsprävention zu betreiben. Das ist Augenwischerei: Verschuldete Länder haben kaum Möglichkeiten, dieser Aufgabe gerecht zu werden, selbst wenn sie es wollten. Folgerichtig ist Bremen das Bundesland, in dem der Bildungserfolg am stärksten von der sozialen Herkunft der Eltern abhängt. Es ist ein sich verfestigender Kreislauf von schlechten Schulabschlüssen, geringer Ausbildungsbeteiligung, Erwerbslosigkeit auf der einen und fehlenden Einnahmen und hohen Ausgaben für Sozialleistungen auf der anderen Seite. DIE LINKE fordert deshalb eine solidarische Neugestaltung der Bund-Länderfinanzen: Länder und Kommunen brauchen endlich vergleichbare Grundlagen.“ ■

## Frische Fische in die Schnauder

Die LINKE Landtagsabgeordnete Ute Lukasch war in ihrem Wahlkreis dabei, als am 10. April der Thüringer Landesanglerverband in die Orangerie in Meuselwitz eingeladen hatte, um 800 kleine Bachforellen (Gewicht ca. 300 bis 400 Gramm) in die Schnauder zu entlassen. Barbara Golder, Bürgermeisterin der Stadt Meuselwitz, hatte diese Veranstaltung als Schirmherrin unterstützt. Die Abgeordnete führte interessante Gespräche mit den Vorstandsmitgliedern und dem Präsidenten des Anglervereins.

Der Landesanglerverband ist Pächter des Fischereirechtes am Fließgewässer Schnauder in der Stadt Meuselwitz. Schwerpunkte der Arbeit des Landesanglerverbandes sind der Gewässer- und Fischartenschutz sowie die Hege der Fischbestände in unseren Thüringer Gewässern. Besonderes Augenmerk wird daher auf die weitere Verbesserung der Gewässerstruktur und die natürliche Reproduktion der Fischbestände gelegt.

Die etwa 50 Gäste folgten den interessanten Vorträgen, in welchen der Verband seine vielfältigen Aktivitäten im Natur- und Umweltschutz, der Jugendarbeit und weiteren Aufgabengebieten vorstellte. Für die kleinen Gäste



aus den umliegenden Kindergärten gab es zahlreiche Informationen sowie auch die Möglichkeit, sich an der Angel auszuprobieren.

Die Anwesenden beteiligten sich dann am Aussetzen der flinken Fische. Karl-Heinz Bergner, Leiter der Regionalgeschäftsstelle Ostthüringen des Verbandes und Präsident des Anglervereins Schnaudertal, schaute den davonschwimmenden Bachforellensetzungen hinterher und verabschiedete sie mit den Worten: „Hier gefällt es ihnen bestimmt!“

Jana Lorber

Foto: Am Angelsimulator ziemlich erfolgreich - Ute Lukasch (MdL) ■

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Unmoralische Angebote

Heute ein paar Mediensplitter. Da wird die Einstellung des Ermittlungsverfahrens zu den Bestechungsvorfällen im Zusammenhang mit der Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten vermeldet. Ermittelt wurde im CDU-Umfeld. Zwei SPD-Abgeordnete hatten berichtet, „unmoralische Angebote“ erhalten zu haben.

Doch die Generalstaatsanwaltschaft geht ausdrücklich davon aus, dass es Angebote an die SPD-Abgeordneten gab. Diese seien jedoch zu vage gewesen, um den Straftatbestand der Bestechung zu erfüllen. Daran sollten die in der CDU denken, die jetzt eine „Entschuldigung“ fordern. Moralisch integere zu handeln, sieht anders aus. Wenigstens amüsant agiert da noch der CDU-Bundestagsabgeordnete Christian Hirte. Der ist nicht nur Jurist, sondern auch Humorist. Er bringt es fertig, die dubiosen Hinterzimmergespräche mit den Koalitionsverhandlungen von Rot-Rot-Grün gleichzusetzen. Klar ist inzwischen wohl auch, dass der DDR-Nationalpreisträger und frühere SPD-Landesvorsitzende Gerd Schuchardt vor der Ramelow-Wahl einen Teil dieser Arbeit für die CDU gemacht hat.

Kaum noch eine Nachricht, weil typisch: die Niedriglohnfanatiker der CDU-Thüringen, die über Jahre den letzten Platz des Freistaats in der Lohnentwicklung als „Standortvorteil“ bejubelt hatten, gönnen den Beschäftigten nicht einmal den Mindestlohn; dieser „entpuppt sich als Bürokratiemonster“, jammern sie jetzt. Das ist in etwa so lächerlich wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die befürchtet aktuell, es gerate das „Schulsystem ins Wanken“. Weil zu viele Schüler das Abitur machen. Witzig: Das dröge Zentralorgan pensionierter westdeutscher Gymnasiallehrer warnt vor einem vermeintlichen „Gymnasial- und Akademisierungswahn“. Wie ich das nenne? Die Spießbürgerlichkeit frisst ihre Kinder. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.